

Köder für die Aktionäre

Unicredit will Commerzbank um jeden Preis. Politiker sorgen sich um Bedeutung des deutschen Finanzplatzes, die Beschäftigtenvertreter um Arbeitsplätze

Von Gudrun Giese

Seit dem Herbst 2024 kauft sich die Mailänder Bank Unicredit schrittweise bei der Commerzbank ein. Nun hat sie den Aktionären ein neues Übernahmeangebot gemacht, um das Geldhaus endgültig mehrheitlich in ihren Besitz zu bringen und damit ihre Position auf dem europäischen Bankenmarkt auszubauen.

Mit knapp 30 Prozent der Anteile ist die Unicredit schon jetzt der größte Anteilseigner der Commerzbank. Die Offerte an die Aktionäre zielt darauf ab, meldeten Agenturen, die im deutschen Übernahmerecht wichtige 30-Prozent-Schwelle zu überwinden, »ohne die Kontrolle zu erlangen«, was kaum der Realität entsprechen dürfte. Wozu wäre das Investment gut, wenn nicht zur Erlangung der Kontrolle? Anfang Mai sollen die Anteilseigner offiziell ein Angebot zum Tausch von 0,485 neuen Unicredit-Anteilen gegen je eine Commerzbank-Aktie erhalten, was einem Preis von 30,80 Euro pro Papier des Frankfurter Geldhauses entspräche. Gegenüber dem Schlusskurs vom 13. März wäre das ein Plus von vier Prozent. Die Offerte Anfang Mai gilt vier Wochen. Anschließend soll bei einer außerordentlichen Hauptversammlung die Zustimmung der Aktionäre zum Geschäft eingeholt werden.

Bis zum Herbst 2024 hatte der Bund einen Teil der von ihm in Zeiten der Commerzbank-Krise erworbenen Aktien verkauft. Das war der Beginn des Unicredit-Einstiegs. Auch heute noch halten die deutschen Steuerzahler gut zwölf Prozent der Commerzbank-Anteile, die nach Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auch nicht zum Verkauf stehen sollen. Die Bundesregierung setze auf eine »starke und unabhängige Commerzbank«, sagte er. Auch Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) reagierte nun zurückhaltend auf das Übernahmeangebot des Mailänder Geldhauses. Der Finanzplatz Frankfurt am Main solle als Europas Nummer eins gestärkt und nicht geschwächt werden. Außerdem müssten in Gesprächen die Interessen der Beschäftigten und der Commerzbank-Kunden »angemessen berücksichtigt« werden, erklärte der Politiker Montag morgen.

Bettina Orlopp, Chefin der Frankfurter Bank, wehrt sich gegen die Unicredit-Übernahme. Sie griff zu den klassischen neoliberalen Mitteln, um die Eigenständigkeit des Hauses zu verteidigen, indem sie die Renditeziele ebenso hochschraubte wie die Dividenden. Zugleich kündete sie – trotz eines Rekordgewinnes 2024 – den Abbau von etwa 3.900 Stellen an, von denen die meisten in Deutschland angesiedelt sind. Auch 2025 präsentierte die

Commerzbank entsprechend wieder sehr gute Zahlen. Als Abschreckung gegen die Unicredit-Übernahme setzt Orlopp auf den stark gestiegenen Aktienkurs, denn damit verteuert sich der Anteilserwerb.

Beschäftigtenvertreter und die Gewerkschaft Verdi befürchten bei einer Übernahme durch die Mailänder einen nochmals verschärften Stellenabbau. Im vergangenen Jahr wies der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Uwe Tschäge auf das Schicksal der Hypovereinsbank (HVB) hin, deren Beschäftigtenzahl nach der Unicredit-Übernahme im Jahr 2005 um rund zwei Drittel gesunken war. Betriebsratschef Sascha Uebel bezeichnete das aktuelle Angebot der Unicredit als »feindlich« und kündigte Widerstand an. Der Gesamtbetriebsrat habe mit dem Commerzbank-Vorstand Regeln für den Stellenabbau festgelegt. »Daran muss sich jeder halten, der kommt«, sagte er. Bei Verdi hält man mit »Blick auf die Arbeitsplätze bei Commerzbank und Unicredit die Eigenständigkeit beider Häuser für die bessere Alternative«, so Gewerkschaftssekretär Kevin Voß. Das Übernahmeangebot ändere nichts daran.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519326.unicredit-will-commerzbank-köder-für-die-aktionäre.html>